

im Mai im Kampfe um Riga gefallenen Kommandeurs des Stottrupps der baltischen Landwehr. Baltische Bänder haben auch heute mehrere Gärten angezündet. Die Angerben meinen sich, daß überall in den geräumten Teilen des Landes ein bolschewistischer Aufstand entzündet. Wohl fast alle deutschen Bänder, denen es nicht gelungen ist, rechtzeitig mit den Kruppen mitzugehen, müssen für verloren gehalten werden, jedenfalls soweit sie auf dem fahnen Bande leben. Mit ernstester Sorge denkt man in Scharlau an das Schicksal der tapferen baltischen Landwehr, die aus 1500 jungen Bändern besteht und nun von aller Welt völlig abgeschnitten ist.

Sessinghofen, 27. November. Die Nordwestarmee und die russische Nordwestregiment werden aufgelöst. Die Botschaften konzentrieren an der Westfront vorzügliche Kruppen, sobald die Stellung der Eisen außerordentlich schwierig ist. Ueber die Friedensfrage teilte ein amerikanischer Offizier mit, daß die Friedensverhandlungen bereits während des Aufenthaltes Litwinoffs in Tschapat beginnen sollten. Die Engländer verhinderten sie jedoch, da sie zuerst selber mit Litwinoff verhandeln wollten. Die Verhandlungen werden bei der Rückkehr Litwinoffs im Dezember wieder aufgenommen werden.

Zum Reichsnotopfer

Berlin, 27. November. Der Ausschuh der Nationalversammlung für das Reichsnotopfer nahm gestern den Bericht über die Beschüsse der beiden Ausschüsse entgegen. Die Bestimmungen über die Abgabefreiheit des Hausrats sind dahin erweitert worden, daß vor dem 31. Juli 1914 erworbene Gegenstände aus edlem Metall mit geschichtlichem, künstlerischem oder wissenschaftlichem Wert gänzlich abgabefrei, Edelsteine, Perlen usw., soweit sie vor dem 31. Juli 1911 erworben sind und ihr Gesamtwert 20000 M. übersteigt, nur mit 10 Prozent ihres Wertes herangezogen werden, während solche mit einem niedrigeren Werte völlig abgabefrei bleiben. Dem Vermögen des Abgabepflichtigen sind Beträge, die er oder seine Ehefrau nach dem 31. Dezember 1916 zu Schenkungen an Verwandte in gerader Linie verwendet hat, hinzuzurechnen, jedoch nur insoweit, als der Bedachte aus der Schenkung am Stichtag noch bereichert ist. Den Schenkungen stehen gleich freiwillige Zuwendungen unter Lebenden, soweit der Bedachte durch sie auf Kosten des Zuwendenden mit dessen Willen bereichert wird.

Von dem Vermögen sind abzuziehen bei den Abgabepflichtigen mit einem steuerbaren Vermögen von nicht mehr als 100 000 M., die feinen Anspruch auf Pension oder Hinterbliebenenfürsorge haben: a) im Alter von 45—60 Jahren ein Viertel, b) im Alter von über 60 Jahren ein Drittel des steuerbaren Vermögens bis zu 50 000 M. Für das überbleibende Vermögen ermäßigt sich die Abgabefreiheit zu a) auf ein Fünftel, zu b) auf ein Viertel. Diese Vergünstigung tritt nicht ein, falls die ganze Abgabe zinslos gestundet wird. Für die Veranlagung der Vermögensabgabe wird das Vermögen der Ehegatten zusammengegrenzt, sofern sie nicht dauernd voneinander getrennt leben.

Abgabepflichtig ist nur der den Betrag von 5000 M. übersteigende Teil des Vermögens. Soweit das Vermögen von Ehegatten zusammenzurechnen ist, ermäßigt sich das abgabepflichtige Vermögen um weitere 5000 M.

Die Industrie gegen das Betriebsrätegesetz

Berlin, 27. November. In dem parteipolitischen Kompromiß über das Betriebsrätegesetz nahm am 28. d. M. das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie Stellung. Einmütig wurde das angekündigte Kompromiß der Regierungsparteien als schwerste Gefährdung des deutschen Wirtschaftslebens bezeichnet. In dem angekündigten Gesetze über obligatorische Schlichtungsgerichte läßt die Industrie keineswegs einen Ausgleich für die Gefahren des Kompromisses erblicken. Die Industrie sei in der Ablehnung der Bilanzvorlegung solidarisch. Der Reichsverband beschloß, seine Mitglieder zum 11. Dez. zu einer gemeinsamen Protestkundgebung nach Berlin zusammen zu berufen.

Amerika und der Friedensvertrag

Basel, 26. November. Die Pariser „Chicago Tribune“ befragt aus dem Hotel Cresson, dem Sitz der amerikanischen Delegation in Paris, daß sich mehr und mehr Grund zeige für die Annahme, daß die amerikanische Regierung und die Opposition in der Ratifikationsfrage ein Kompromiß bilden würden, und zwar vielleicht schon in den nächsten zehn Tagen. Sollte diese Verständigung vor den Dezembertagen nicht zustande gekommen sein, so habe Lodge's Antrag auf einen Sonderfrieden mit Deutschland alle Aussicht auf Erfolg, aber mittlerweile und bis zur Wiedereröffnung der Ratifikation in der Januarberatung würden wenigstens Uebergangsbestimmungen nötig sein.

Kleine politische Nachrichten

Washington, 27. November. Die Internationale Arbeitskonferenz hat am Dienstag in der wichtigsten Frage, nämlich der Frage des Antelles an der leitenden Körperschaft des internationalen Arbeitsbüros Beschlüsse gefaßt. Holland erhält eine Vertretung in der Gruppe der Arbeiter, Frankreich, England und Deutschland haben Vertreter in allen drei Gruppen. Die Vereinigten Staaten sind somit noch nicht vertreten.

Die in Berlin erscheinende „Deutsche Zeitung“ hatte neuerdings Aufsehen gemacht, in dem sie behauptete, Reichsfinanzminister Erzberger habe sich mit mehreren Kaufleuten zusammengesetzt, um eine Handels- und Ausfuhr-Gesellschaft zu gründen, und ihm dabei unlautere Motive untergeschoben. Reichsfinanzminister Erzberger hat darauf gegen die „Deutsche Zeitung“ Strafantrag gestellt.

Die amtlichen stenographischen Berichte des Untersuchungsausschusses der Deutschen Nationalversammlung über die Ursachen des Krieges, die Friedensmöglichkeiten und die wirtschaftlichen, sowie militärischen Maßnahmen, die dem Völkerrichte widerprechen könnten, können nunmehr auch durch die Buchhandlung und jedes Postamt bezogen werden. Sie erscheinen in dem Verlage der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Lützowstraße 32, und werden mit 20 Pf. für den 16seitigen Oktavbogen berechnet. Der Umfang kann vorläufig nicht abgeändert werden.

Aus der Volkshammer

Dresden, 27. November.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Präsident Frähdorf bekannt, daß die nächste Vollziehung erst am Dienstag, den 9. Dezember, nach 1 Uhr stattfinden soll mit der Tagesordnung, mehrere Kapitel des Zwischenetats, betr. das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts und Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Gesandtschaften. Weiter berichtet er über den Arbeitsplan der Volkshammer in der nächsten Zeit. Die Ausschüsse werden auch in der nächsten Woche, in der keine Vollziehungen stattfinden, ihre Arbeiten weiterführen und sie möglichst zu vollenden suchen. Der Zwischenplan sowie die noch vorliegenden Interpellationen und Anträge sollen bis zum Beginn der Weihnachtspause im Plenum zur Erledigung kommen. Nach Weihnachten werden voraussichtlich, wenn die Vorlage der Regierung und der Etat rechtzeitig eingebracht werden, die Vollziehungen der Kammer regelmäßig abgehalten werden.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Schlussberatung über mehrere Kapitel des Zwischenetats. Zu den Kapiteln betr. Gesamtministerium beantragt der Berichterstatter Abg. Ryffel (Unabh.) namens der Mehrheit des Ausschusses, die Einnahmen mit 5248 Mark zu genehmigen und die Ausgaben mit 181 780 Mark zu bewilligen. Die Vertreter seiner Partei im Ausschuh hätten gegen die Bewilligung des Gehalts des Ministerpräsidenten gestimmt.

Abg. Litwinsky (Unabh.) begründet die ablehnende Haltung seiner Partei in der Bewilligung des Gehalts des Ministerpräsidenten. Sie seien mit der Politik der sächsischen Regierung ebensowenig einverstanden wie mit der jetzigen Reichsregierung. Redner geht des längeren auf die letzten Berliner Vorgänge ein und meint, die Konterrevolution sei am Werke, um die Errungenschaften der Revolution zu sabotieren.

Abg. Renke-Blücker (Dem.) Die Regierung möge dafür sorgen, daß künftig beim Hauptstaatsarchiv den Gelehrten in liberalerer Weise als bisher ermöglicht werde, in dem Archiv zu arbeiten. Die Kapitel werden hierauf nach dem Antrage des Ausschusses genehmigt. Ohne Aussprache werden gemäß den Anträgen des Ausschusses verabschiedet die Kapitel des Zwischenplanes betr. Finanzministerium, Ausgaben zu Reichszwecken. Weiter stehen zur Beratung zwei Eisenbahnpetitionen. Das Gesuch des Ausschusses zur Errichtung einer Bahnverbindung Erlbach-Schöndach um Erbauung dieser Bahn beschließt das Haus, auf sich beruhen zu lassen. Das Gesuch der Gemeinderäte zu Niederhermersdorf, Oberhermersdorf und Gessen um Erbauung einer Eisenbahn Chemnitz-Weißbach-Driebach-Annaberg als Notstandsarbeit beschließt das Haus zur Zeit auf sich beruhen zu lassen. — Nächste Sitzung Dienstag, den 9. Dezember nachmittags 1 Uhr. Schluß 3 Uhr.

Nachrichten aus Sachsen.

Die sächsischen Gesandtschaften sollen nach Auslassungen der Regierung im Finanzausschuh A der Volkshammer nicht nur erhalten, sondern in verstärktem Maße ausgebaut werden. Nur die Gesandtschaft in München könnte eingezogen werden, müsse aber in Anbetracht der Lebensmittelschwierigkeiten Sachsens und seiner Abhängigkeit von Bayern vorläufig bestehen bleiben. Die Gesandtschaften sollen fortbestehen, bis die Reichsregierung mit ihrer angekündigten Vorlage eine Klärung herbeiführt.

Die Wahlen zu den Bezirksvertretungen in den 29 sächsischen Amtshauptmannschaften sind nunmehr sämtlich erledigt. Sie haben folgende Ergebnisse gezeitigt:

Kreis	Amtshauptm.	Bürg.	Soz.	Unabh.	Komm.
Kreis Hauptm. Bautzen:	Bautzen:	23	17	—	—
	Ramberg:	25	16	—	—
	Zöbzen:	26	20	—	—
	Zittau:	26	20	—	—
Kreis Hauptm. Dresden:	Dresden-St.:	12	28	4	—
	Dresden-L.:	18	21	1	—
	Dippoldiswalde:	27	18	—	—
	Freiberg:	26	14	—	—
	Strohberg:	21	19	—	—
Kreis Hauptm. Leipzig:	Leipzig:	18	—	27	—
	Borna:	26	1	14	—
	Chemnitz:	17	28	—	—
Kreis Hauptm. Chemnitz:	Chemnitz:	22	18	—	—
	Annaberg:	18	22	—	—
	Blau:	14	24	1	—
	Flöha:	17	28	—	—
	Kreis Hauptm. Zwickau:	Zwickau:	11	24	5
Erfenberg:		11	26	—	—
Riesa:		24	24	—	—
Schwarzenberg:		24	26	—	—
Döhlen:		26	17	—	—
Münchberg:		16	24	—	—

Es werden insolge dessen 11 Bezirksvertretungen zu geringe Mehrheiten aufweisen in 2 (Zöbzen und Zittau) u. die Zahl der bürgerlichen und der sozialistischen Vertreter uneigleich, während in 15 Bezirken sozialdemokratische Mehrheiten vorhanden sein werden. Rechnet man die Ergebnisse nach Kreis Hauptmannschaften, so ergeben sich folgende Zahlen:

Kreis	Bürg.	Soz.	Unabh.	Komm.
Bautzen:	88	72	—	—
Dresden:	151	109	20	—
Leipzig:	115	78	47	—
Chemnitz:	83	111	2	—
Zwickau:	91	141	5	—

Hier haben also zwei Kreis Hauptmannschaften mit bürgerlicher Mehrheit drei solchen mit sozialistischer Mehrheit gegenüber. Dementsprechend werden sich auch die Kreis Ausschüsse zusammensetzen.

Ein Glücksspiel ohne Verluste. Für jeden, der in Hoffnung auf einen Glücksgewinn der Lotterien irgendwelcher Art teilzunehmen pflegt, bietet sich jetzt eine Gelegenheit, mit geringem Entzug ohne jedes Risiko bei großen Ausichten, sein Glück zu versuchen. Die Deutsche Spar- und Prämienanleihe, die vom 10. November bis 3. Dezember zur Zeichnung aufliegt, enthält folgende Gewinnmöglichkeiten: Jedes der 5-Mill.-Stücke (zu je 1000 M.) nimmt bis zu seiner Tilgung alljährlich an zwei großen Gewinnverlosungen teil. Bei jeder Gewinnverlosung werden 2500 Gewinne in Gesamthöhe von 25 Millionen Mark ausgelost, darunter 5 Hauptgewinne zu je 1 Million, 5 Gewinne zu je 500 000 M. usw. Es werden also im ganzen bis zur völligen Tilgung 400 000 Gewinne ausgelost. Ferner erhält jedes zweite getilgte Spar- und Prämienstück einen Sondergewinn (Bonus), der mit den Jahren von 1000 M. bis auf 4000 M. wächst. Endlich erhält jedes Stück bis zur Tilgung jährlich 50 M. Zinsschlag, der zusammen mit dem Einlage ausbezahlt wird.

Durch die Teilnahme jedes Stückes an allen Ziehungen bis zur Tilgung, sowie durch die Sondergewinne bei der Tilgungsauslosung ist für 2 900 000 Stücke, also 58 Prozent aller Zeichner, eine Gewinnmöglichkeit gegeben, wozu die Ausichten aller Lotterien und Glücksspiele weit übertroffen sind.

Aus Dresden

Lebensmittellieferung für die Stadt Dresden siehe „Amtliche Bekanntmachungen“.

Die Frage der Einheitschule in der Stadtverordneten-Sitzung. In der 31. öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten nahm die Körperschaft Kenntnis von einem Ratschreiben, aus dem hervorgeht, daß der Rat dem Antrag der Stadtverordneten zugestimmt habe, er der zuständigen Reichsstelle dahin zu wirken, daß die preussischen Landräte angewiesen werden, dem Verband von Kartoffeln auf Bezugsscheine für die Stadt Dresden keine Schwierigkeiten entgegenzustellen, und weiter dahin zu wirken, daß die der Stadt Dresden an Stelle ausfallender inländischer Kartoffeln zugewiesenen polnischen Kartoffeln der Stadt Dresden zu den Preisen der ausfallenden Kartoffeln geliefert werden, und daß die Differenz in den Preisen vom Reiche getragen wird. Die Körperschaft beschäftigte sich mit der Ratsvorlage auf den Antrag der Stadtverordneten, Maßnahmen zur Behebung der Not der Stadtbehörden zu ergreifen. Der Rat hatte beschloßen, bedürftigen Stadtbehörden mit geringem Einkommen Zuschüsse zu gewähren und die Aufwandsunterstützungen zu erhöhen. Die Ausschüsse der Stadtverordneten waren über diese Sätze noch hinausgegangen. Ferner wurde der Rat ersucht, das gesamte Hebammenwesen möglichst in häusliche Verwaltung zu übernehmen. Das Ausschuhgutachten der Stadtverordneten wurde einstimmig angenommen. Wegen der Gesuche von vormaligen Aushilfschaffnerinnen der Straßenbahn um Lohnnachzahlungen und Gewährung von Entschädigungen für nicht erhaltenen Urlaub beschloß man, dem Rat nahezu legen, den Geschäftsführerinnen aus Billigkeitsgründen teilweise entgegenzukommen. Ferner wurde der Erhöhung der Löhne der Probefachwörter und -führer der städtischen Straßenbahn zugestimmt.

Nach Erledigung der Tagesordnung beschäftigte sich das Kollegium noch mit einem Dringlichkeitsantrage des Stadts. Kirchhof, den Rat um Auskunft darüber zu erfragen, ob es den Tatsachen entspreche, daß das Schulamt, entgegen dem Beschlusse der Stadtverordneten, die sofortige Durchmischung der Volksschulkinder hinauszu ziehen beabsichtige und über diese Frage eine Abstimmung der Eltern herbeiführen wolle. Die Bestimmungen des sächsischen Uebergangsgesetzes müßten so bald als möglich verwirklicht werden. Die Aussprache nahm einen stürmischen Verlauf, namentlich fanden die Darlegungen des Stadtrates Dr. Matthes durch Zwischenrufe Widerspruch. Die Angelegenheit hinsichtlich der Umfrage bei den Eltern sei an einen Unteranausschuh verwiefen werden, der endgültige Vorschläge machen solle. Die Anträge, die Eltern abstimmen zu lassen, seien von den verschiedensten Seiten eingegangen. Es sei nämlich wert, daß die Eltern gefragt würden, man könne diesen die Verantwortung nicht abnehmen. Für einen Teil der Kinder werde das Vorwärtskommen unter Umständen um ein Jahr hinausgeschoben. Bei den Ausführungen des Stadts. Claus, der den Standpunkt des Rates als befremdlich erklärte, und des Stadts. Renke, der sich das Vorgehen des Rates verbat, vergrößerte sich der Sturm. Der Vorsitzende drohte, die Sitzung zu vertagen. Als Stadts. Unger die Frage des Religionsunterrichtes berührte, legte die Unruhe wieder ein. Stadts. Leinen rief: Ich habe noch keinen intelligenten Vorschlag gesehen. Stadts. Unger bezeichnete dies als Flegelrei, worauf er vom Vorsteher zur Ordnung gerufen wurde. Auch Stadts. Leinen erhielt einen Ordnungsruf. Abgeordneter Lehmann wandte sich gegen das Verhalten des Rates. Man solle für eine bessere